



# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

48. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. Juni 1994

Nummer 32

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
202	10. 5. 1994	Sechzigste Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit . . . . .	258
203015	31. 5. 1994	Verordnung über die Anwendung der Verordnungen über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des mittleren technischen, des gehobenen technischen und des höheren Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung für den Bereich der Arbeitsschutzverwaltung . . . . .	259
216	28. 5. 1994	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung Großer kreisangehöriger Städte und Mittlerer kreisangehöriger Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe . . . . .	258
2170	7. 6. 1994	Verordnung über die Regelsätze der Sozialhilfe . . . . .	258
2170	15. 6. 1994	Vierte Ausführungsverordnung zum Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes . . . . .	259
223	29. 5. 1994	Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung NW . . . . .	260
	10. 5. 1994	Nachtrag zu der Genehmigungsurkunde des ehem. Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. November 1960 betr. den Bau und Betrieb einer Zahnradbahn von Königswinter auf den Drachenfels (Drachenfelsbahn) . . . . .	258

202

**Sechzigste Verordnung  
zur Übertragung von Zuständigkeiten  
der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung  
von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen  
nach dem Gesetz  
über kommunale Gemeinschaftsarbeit  
Vom 10. Mai 1994**

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 4 des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände vom 23. April/9. Mai 1969 (GV. NW. S. 928) in Verbindung mit § 24 Abs. 2 und § 29 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 362), sowie § 5 Abs. 2 des Landesorganisationsgesetzes (LOG. NW.) vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1993 (GV. NW. S. 987), wird verordnet:

## § 1

Für die Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Porta Westfalica (Kreis Minden-Lübbecke, Land Nordrhein-Westfalen) und der Stadt Rinteln (Landkreis Schaumburg-Lippe, Land Niedersachsen) über die Aufnahme und Klärung von Abwässern aus dem Gebiet der Stadt Rinteln (Gemarkung Todenmann) durch die Stadt Porta Westfalica ist der Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Minden zuständig.

## § 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Mai 1994

Der Innenminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herbert Schnoor

- GV. NW. 1994 S. 258.

216

**Vierte Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Bestimmung  
Großer kreisangehöriger Städte  
und Mittlerer kreisangehöriger Städte  
zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe  
Vom 26. Mai 1994**

Aufgrund des § 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - AG-KJHG - vom 12. Dezember 1990 (GV. NW. S. 664) wird verordnet:

## Artikel I

In § 1 der Verordnung über die Bestimmung Großer kreisangehöriger Städte und Mittlerer kreisangehöriger Städte zu örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe vom 8. November 1991 (GV. NW. S. 553), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Februar 1993 (GV. NW. S. 98), wird nach dem Wort „Gütersloh,“ das Wort „Gummersbach,“ eingefügt.

## Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 26. Mai 1994

Der Minister  
für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Franz Müntefering

- GV. NW. 1994 S. 258.

2170

**Verordnung  
über die Regelsätze der Sozialhilfe  
Vom 7. Juni 1994**

Aufgrund des § 22 Abs. 3 Satz 1 des Bundessozialhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), geändert durch Gesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014), wird verordnet:

## § 1

Für die Zeit vom 1. Juli 1994 bis zum 30. Juni 1995 werden die monatlichen Regelsätze der Sozialhilfe in folgender Höhe festgesetzt:

Für den Haushaltsvorstand	520 DM
Für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres	
- beim Zusammenleben mit einer Person, die allein für die Pflege und Erziehung sorgt	286 DM
- in den übrigen Fällen	260 DM
Für Haushaltsangehörige vom Beginn des 8. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	338 DM
Für Haushaltsangehörige vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	468 DM
Für Haushaltsangehörige vom Beginn des 19. Lebensjahres an	416 DM.

## § 2

Die Verordnung tritt am 1. Juli 1994 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Regelsätze der Sozialhilfe vom 29. Juni 1993 (GV. NW. S. 314) außer Kraft.

Düsseldorf, den 7. Juni 1994

Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident  
Johannes Rau

(L. S.)

Der Innenminister  
Herbert Schnoor

Der Minister für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
Franz Müntefering

- GV. NW. 1994 S. 258.

**Nachtrag  
zu der  
Genehmigungsurkunde des ehem. Ministers  
für Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
vom 24. November 1960  
betr.  
den Bau und Betrieb einer Zahnradbahn  
von Königswinter auf den Drachenfels  
(Drachenfelsbahn)  
Vom 10. Mai 1994**

Aufgrund des § 5 des Landeseseisenbahngesetzes vom 5. Februar 1957 (GV. NW. S. 11), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. April 1992 (GV. NW. S. 175), verlängere ich hiermit - unter dem Vorbehalt der Rechte Dritter - das den Bergbahnen im Siebengebirge AG in Königswinter verliehene Recht zum Bau und Betrieb einer dem öffentlichen

Verkehr dienenden Zahnradbahn von Königswinter auf den Drachenfels (Drachenfelsbahn)

bis zum 31. Dezember 2030.

Düsseldorf, den 10. Mai 1994

Ministerium  
für Stadtentwicklung und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag

Hilker

- GV. NW. 1994 S. 258.

203015

**Verordnung  
über die Anwendung der Verordnungen  
über die Ausbildung und Prüfung  
für die Laufbahnen  
des mittleren technischen,  
des gehobenen technischen und des  
höheren Dienstes  
in der Gewerbeaufsichtsverwaltung  
für den Bereich der Arbeitsschutzverwaltung  
Vom 31. Mai 1994**

Aufgrund des § 16 des Landesbeamtengesetzes - LBG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 468), wird im Einvernehmen mit dem Innenministerium, Finanzministerium und dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft verordnet:

**§ 1**

Die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. Mai 1982 (GV. NW. S. 304), geändert durch Verordnung vom 12. Oktober 1989 (GV. NW. S. 530), gilt für die Beamten, die sich am 1. April 1994 im Vorbereitungsdienst mit dem Schwerpunkt Arbeitsschutz befinden, mit folgenden Maßgaben:

1. Die Aufgaben des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft werden insoweit vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wahrgenommen. Die Aufgaben des Prüfungsausschusses werden weiterhin vom „Prüfungsausschuß für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen“ mit dem vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft nach § 17 Abs. 3 der Verordnung bestellten Mitgliedern wahrgenommen.
2. Ausbildungsbehörden (§ 7 Abs. 1) sind die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz.

**§ 2**

Die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (VAPgtDGA) vom 28. Februar 1986 (GV. NW. S. 234) gilt für die Beamten, die sich am 1. April 1994 im Vorbereitungsdienst mit dem Schwerpunkt Arbeitsschutz befinden, mit folgenden Maßgaben:

1. Die Aufgaben des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft werden insoweit vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wahrgenommen. Die Aufgaben des Prüfungsausschusses werden weiterhin vom „Prüfungsausschuß für die Laufbahn des gehobenen technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen“ mit dem vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft nach § 18 Abs. 3 der Verordnung bestellten Mitgliedern wahrgenommen.

2. Ausbildungs- und Einführungsbehörden (§§ 7, 35 und 36) sind die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz.

**§ 3**

Die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren technischen Dienstes in der Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (VAPhDGA) vom 28. Februar 1986 (GV. NW. S. 257) gilt für die Beamten, die sich am 1. April 1994 im Vorbereitungsdienst mit dem Schwerpunkt Arbeitsschutz befinden, mit folgenden Maßgaben:

1. Die Aufgaben des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft werden insoweit vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wahrgenommen. Die Aufgaben des Prüfungsausschusses werden weiterhin vom „Prüfungsausschuß für die Große Staatsprüfung in der Gewerbeaufsichtsverwaltung beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen“ mit den vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft nach § 18 Abs. 3 der Verordnung bestellten Mitgliedern wahrgenommen.
2. Ausbildungsbehörden (§ 7 Abs. 1) sind die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz.

**§ 4**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 31. Mai 1994

Der Minister für  
Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Franz Müntefering

- GV. NW. 1994 S. 259.

2170

**Vierte Ausführungsverordnung  
zum Gesetz zur Ausführung des  
Bundessozialhilfegesetzes**

Vom 15. Juni 1994

Aufgrund des § 8 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AG-BSHG) vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. 1985 S. 14), wird im Einvernehmen mit dem Innenministerium und nach Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge des Landtags verordnet:

**§ 1**

An die Stelle des Grundbetrages nach § 79 des Bundessozialhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646), geändert durch Gesetz vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014), - BSHG - tritt bei der Hilfe bei Schwangerschaft nach § 37a BSHG der Grundbetrag nach § 81 Abs. 1 BSHG.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft, gleichzeitig tritt die Vierte Ausführungsverordnung zum Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes vom 6. Dezember 1993 (GV. NW. S. 985) außer Kraft. Diese Verordnung tritt mit dem Inkrafttreten einer bundesrechtlichen Regelung, spätestens jedoch am 31. Dezember 1994 außer Kraft.

Düsseldorf, den 15. Juni 1994

Der Minister für  
Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Franz Müntefering

- GV. NW. 1994 S. 259.

## 223

# Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung NW

Vom 29. Mai 1994

Aufgrund von § 1 Satz 1 und § 10 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung vom Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW 1993 – HZG NW 1993) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), in Verbindung mit Artikel 16 Abs. 1 Nr. 1 bis 13 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 12. März 1992 sowie aufgrund von § 11 Hochschulzulassungsgesetz NW 1993 wird verordnet:

## Artikel I

Die Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen und die Durchführung eines Feststellungsverfahrens in Nordrhein-Westfalen (Vergabeverordnung NW – VergabeVO NW) vom 20. November 1993 (GV. NW. S. 890) wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis erhalten die Angaben zu den §§ 54–57 folgende Fassung:
  - „§ 54 Aufbau-, Ergänzungs- und Zusatzstudiengänge
  - § 55 Zulassungsbeschränkungen in höheren Fachsemestern
  - § 56 Vergabe der Studienplätze in höheren Fachsemestern
  - § 57 Studiengang Medizin“
2. Dem § 3 Abs. 5 Satz 1 wird folgender Halbsatz angefügt:
 

„; § 11 Abs. 4 Satz 1 bleibt unberührt.“
3. In § 10 Satz 1 werden die Wörter „Der Bundesminister“ durch die Wörter „Das Bundesministerium“ und das Wort „er“ durch das Wort „es“ ersetzt.
4. § 11 wird wie folgt geändert:
  - a) Es wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:
 

„(4) Liegt die Zahl der Hauptanträge unter der Zahl der unter Berücksichtigung der Überbuchung im Hauptverfahren verfügbaren Studienplätze, werden abweichend von Absatz 1 Satz 3 in Nachrückverfahren nach den Hauptanträgen und vor den Hilfsanträgen die Anträge derjenigen Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt, die mit ihrem Hauptantrag vom Vergabeverfahren ausgeschlossen worden sind, weil sie die für den genannten Studiengang erforderliche Hochschulzugangsberechtigung nicht nachgewiesen oder keine Erklärung nach § 4 Abs. 2 abgegeben haben. Bei der Auswahl der nach Satz 1 zu Berücksichtigenden entscheidet das Los; Absatz 2 findet keine Anwendung. Die Verteilung

auf die Studienorte erfolgt gesondert entsprechend der Regelung des § 8 Abs. 1 bis 3.“

- b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.
5. In § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Fassung“ die folgenden Wörter eingefügt:
 

„oder ein freiwilliges ökologisches Jahr nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres vom 17. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2118) in der jeweils geltenden Fassung oder im Rahmen eines von der Bundesregierung geförderten Modellprojekts“.
6. In § 23 Abs. 3 1. Halbsatz wird die Angabe „Abs. 3 bis 5“ durch die Angabe „Abs. 3 bis 6“ ersetzt.
7. § 33 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 3 erhält folgende Fassung:
 

„Die §§ 1 bis 5, 22 bis 32, 45 Abs. 2 Satz 2 und 46 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.“
  - b) Die Sätze 4 und 5 werden aufgehoben.
8. In § 45 Abs. 2 Satz 2 werden die Wörter „für das Sommersemester am 30. September und für das Wintersemester am 31. März“ durch die Wörter „mit Durchführung des zweiten Nachrückverfahrens“ ersetzt.
9. § 46 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
 

„Die Hochschule kann für die Antragstellung von Satz 1 abweichende Fristen bestimmen, die in geeigneter Weise bekanntzugeben sind“.
10. § 47 wird aufgehoben.
11. § 48 erhält folgenden Absatz 3:
 

„(3) Soweit in den Studiengängen des Verteilungsverfahrens erforderlich, werden Bewerberinnen und Bewerber, die diese Studiengänge im Hauptantrag genannt haben, im Hauptverfahren an den einzelnen Standorten entsprechend dem Anteil der jeweiligen Zulassungszahl an der Gesamtzahl der Studienplätze des Studiengangs zugelassen.“
12. Die Anlage 1 wird durch die Anlage zu dieser Verordnung ersetzt.

Anlage

## Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1994 in Kraft. Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 1994/95.

Düsseldorf, den 29. Mai 1994

Die Ministerin  
für Wissenschaft und Forschung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Anke Brunn

**In das Verfahren der Zentralstelle einbezogene Studiengänge**

1. Studiengänge ohne Fachhochschulstudiengänge mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß) oder Staatsexamen (ohne Lehrämter) im bundesweiten Verfahren (zu § 1 Abs. 1 Satz 4):
  - Architektur
  - Betriebswirtschaft
  - Biologie
  - Forstwissenschaft
  - Haushalts- und Ernährungswissenschaft (Ernährungs- und Haushaltswissenschaft, Haushaltswirtschaft und Ernährungswissenschaft, Ökotrophologie)
  - Informatik<sup>1)</sup>
  - Lebensmittelchemie
  - Medizin<sup>1)</sup>
  - Pharmazie
  - Psychologie
  - Rechtswissenschaft
  - Tiermedizin<sup>1)</sup>
  - Volkswirtschaft
  - Zahnmedizin<sup>1)</sup>
2. Studiengänge (ohne Lehrämter) an den Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen (zu § 48 Abs. 1):
  - Geologie<sup>2)</sup>
  - International Business Studies<sup>3)</sup>
  - Kunstgeschichte (Hauptfach)
  - Kunstgeschichte (Nebenfach)
  - Sport
  - Volkswirtschaft sozialwissenschaftlicher Richtung
  - Wirtschaftsinformatik
  - Wirtschaftsingenieurwesen<sup>3)</sup>
  - Wirtschaftspädagogik
  - Wirtschaftswissenschaft
3. Studiengänge mit einem Lehramtsabschluß an den Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen (zu § 48 Abs. 1 und § 49):
  - Biologie (Lehramt für die Sekundarstufe II)
  - Lehramt für die Primarstufe<sup>1)</sup>
4. Studiengänge an den Fachhochschulen und Universitäten – Gesamthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (zu § 48 Abs. 1 und § 50):
  - Architektur
  - Bauingenieurwesen
  - Elektrotechnik<sup>2)</sup>
  - Entsorgungstechnik
  - Allgemeine Informatik
  - Technische Informatik
  - Innenarchitektur
  - Landespflege
  - Maschinenbau<sup>2)</sup>
  - Maschinenbau/Fahrzeugtechnik
  - Öffentliches Bibliothekswesen
  - Produktdesign
  - Produktdesign/Mode-Design
  - Produktdesign/Schmuck-Design
  - Sozialarbeit
  - Sozialpädagogik
  - Technische Betriebswirtschaft
  - Übersetzen/Dolmetschen
  - Verfahrenstechnik<sup>2)</sup>
  - Versorgungstechnik
  - Visuelle Kommunikation/Foto/Film-Design
  - Visuelle Kommunikation/Grafik-Design
  - Wirtschaft
  - Wirtschaftsinformatik
  - Wirtschaftsingenieurwesen
  - Informatik<sup>3)</sup>
  - International Business<sup>3)</sup>
  - Lebensmittelchemie<sup>3)</sup>
  - Psychologie<sup>3)</sup>
  - Wirtschaftsinformatik<sup>3)</sup>
  - Wirtschaftsingenieurwesen<sup>3)</sup>
  - Wirtschaftswissenschaft<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> In diesem Studiengang findet ein besonderes Auswahlverfahren statt.<sup>2)</sup> In diesem Studiengang findet ein Verteilungsverfahren statt.<sup>3)</sup> Integrierter Studiengang

**Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM**  
 zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

**Abonnementsbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 95,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

**In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**

**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf  
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359